



Zukunftsrat Nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz

Erstes Arbeitsprogramm, Stand März 2023¹

1.) Unser Selbstverständnis und unsere Ziele

Wir sehen in der Vielfalt unserer Expertise und Erfahrungen eine große Chance, um die Landesregierung bei der Umsetzung der Agenda 2030 und der globalen Nachhaltigkeitsziele in Rheinland-Pfalz zu unterstützen und den gesellschaftlichen Dialog zu einer nachhaltigen Entwicklung im Land zu stärken und zu fördern. Unsere Netzwerke wollen wir dazu nutzen, Nachhaltigkeit aus den verschiedensten Blickwinkeln zu betrachten und gemeinsam lösungsorientiert Brücken zu bauen. Denn wir wollen nicht da stehen bleiben, wo Nachhaltigkeitsdilemmata beginnen, sondern gerade das Sichtbarmachen von Zielkonflikten dazu nutzen, um ins Gespräch und in Aktion zu kommen.

Wir stehen für partizipatives und praxisorientiertes Handeln. Durch Empfehlungen, Impulse für Projekte und Veranstaltungen wollen wir den Gedanken der Nachhaltigkeit wirksam in Gesellschaft und Wirtschaft verankern. Ebenso setzen wir uns für den Erfahrungsaustausch auf nationaler und internationaler Ebene ein – sei es mit Nachhaltigkeitsräten anderer Länder oder im Rahmen der landes- und zivilgesellschaftlichen internationalen Partnerschaften. Uns eint, dass wir Nachhaltigkeit hörbarer, sichtbarer und erlebbarer für alle Menschen in Rheinland-Pfalz machen wollen. Wir wollen ihnen ermöglichen, sich aktiv für ein zukunftsfähiges Rheinland-Pfalz einzusetzen. Wir werden dabei die Ziele und Strategien der Landesregierung sowie ihre Kompetenzen und ihren Handlungsspielraum vor dem Hintergrund der Zuständigkeiten von Europäischer Union, Bund und Ländern berücksichtigen. Ein intensiver Informationsfluss zwischen dem Zukunftsrat und der

¹ Erklärung zur geschlechtergerechten Sprache: In diesem Arbeitsprogramm verwenden wir, wann immer möglich, neutrale Formulierungen, wo dies nicht möglich ist Doppelformen. Mit diesen Formulierungen sind immer alle Geschlechter (m/w/d) gemeint.

Landesregierung sowie den Kommunen und der Zivilgesellschaft ist uns ein wichtiges Anliegen.

Wir wollen bewirken, dass Nachhaltige Entwicklung als Gemeinschaftsprojekt begriffen und gelebt wird, das nur gelingen kann, wenn Problemlösungen nicht im Silo erdacht werden, sondern gemeinsam mit all denen, die zu einer Lösung beizutragen haben.

2.) Politische Bezugspunkte für die Arbeit des Zukunftsrats Nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz 2022-2026

Der Landtag forderte die Regierung bereits 1999 auf, eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten und in einem regelmäßigen Turnus zu berichten, wie die Beschlüsse der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 in Rheinland-Pfalz umgesetzt werden. Infolge erschien 2001 die erste Nachhaltigkeitsstrategie, die stetig fortgeschrieben wird.

Die Nachhaltigkeitsstrategie ist aber nicht das einzige Instrument, mit dem die von den Vereinten Nationen beschlossene Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 globalen Entwicklungszielen in Rheinland-Pfalz umgesetzt werden soll. Weitere Strategien und Konzepte aus den Bereichen Biodiversität, Klimaschutz, Entwicklungspolitik und Bildung für nachhaltige Entwicklung sind eng mit der Nachhaltigkeitsstrategie verbunden und finden sich mit Zielen und Indikatoren wieder. Darüber hinaus sind auch weitere Instrumente wie die Digitalisierungsstrategie oder die Innovationsstrategie bei der nachhaltigen Entwicklung des Landes von Bedeutung.

Die relevanten Handlungsfelder für eine nachhaltige Politik heute leiten sich aus den sechs Prinzipien nachhaltiger Entwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ab, die in der gemeinsamen Erklärung von Bund und Ländern im Juni 2019 beschlossen wurden: Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip anwenden, global Verantwortung übernehmen, die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, nachhaltiges Wirtschaften stärken, den sozialen Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft wahren und verbessern sowie Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer Nachhaltigen Entwicklung nutzen.

Mit der Entscheidung, die strategische Steuerung für die Nachhaltige Entwicklung ab dieser Legislaturperiode in der Staatskanzlei anzusiedeln, hat die Landesregierung einen ersten wichtigen Schritt getan. Aus unserer Sicht wird so die grundlegende Bedeutung für die gesamte Landespolitik stärker hervorgehoben.

Das Ziel „Nachhaltigkeit“ wird an vielen Stellen des Koalitionsvertrags erkennbar, sei es bei den Zielsetzungen zur Erreichung der Klimaneutralität oder in den Bereichen Bildung, Ernährung, Bau, Innovation, Kommunen, Verbraucherschutz und Finanzpolitik. Wir wollen die Landesregierung durch möglichst strukturelle, praxisorientierte und konkrete Empfehlungen beim Erreichen der Nachhaltigkeitsziele beraten und unterstützen.

3.) Übergeordnete Fragestellungen

Die Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz ist ein Gemeinschaftsprojekt und betrifft alle Menschen, die hier leben. Daher ist es dem Rat wichtig, dass Bestrebungen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) partizipativ und unter Beteiligung aller geschehen. Um alle Menschen zu ermutigen, sich für eine Nachhaltige Entwicklung in ihrem eigenen Umfeld einzusetzen, will der Rat Empfehlungen für Formate erarbeiten, die eine Beteiligung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ermöglichen. Damit wollen wir erreichen, dass eine nachhaltige Entwicklung gerecht, gleichermaßen für Jüngere und Ältere, für Menschen auf dem Land und in der Stadt und für Menschen egal welcher Herkunft ein attraktives und anzustrebendes Ziel ist. Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe für die gesamte Bevölkerung scheinen uns an dieser Stelle relevante Ausgangspunkte zu sein.

Auch die soziale Dimension des Themas wollen wir bei unseren Überlegungen, Empfehlungen und Veranstaltungen im Blick behalten. Dabei geht es um die gerechte Verteilung von Chancen, Risiken, Kosten und Nutzen, die auf dem Weg in eine nachhaltige Gesellschaft liegen. Immer liegt unser Blick dabei auf den Folgen heutiger Handlungen und Entscheidungen für die junge und noch kommende Generationen. Dabei gilt es auch die globale Perspektive im Auge zu behalten. Gerade Deutschland als ressourcenarmes Land muss eine nachhaltigere, gerechtere und ressourcenschonende Wertschöpfungskette anstreben.

4.) Unsere ersten Schwerpunktthemen

Der Rat hat im Dezember 2022 Arbeitsgruppen zu drei Themen eingerichtet, die nun prioritär bearbeitet werden sollen:

- **Strukturberatung Nachhaltigkeitsstrategie Rheinland-Pfalz**
- **Bildung**
- **Ressourcenschonung: Energie, Kreislaufwirtschaft und Soziales im Blick**

Die einzelnen AGs bestehen aus mehreren Ratsmitgliedern, die Gespräche führen, in den Austausch mit Akteurinnen und Akteuren von Good-Practice-Beispielen gehen und Empfehlungen erarbeiten, die sodann vom gesamten Rat beschlossen und an die Landesregierung weitergeleitet werden. Dieses erste Arbeitsprogramm gibt einen Überblick über Sachstand und Pläne dieser Arbeitsgruppen. Das Arbeitsprogramm wird bei Bedarf, mindestens aber einmal jährlich aktualisiert.

AG 1 Strukturberatung Nachhaltigkeitsstrategie Rheinland-Pfalz

Zu den Kernaufgaben des Zukunftsrats Nachhaltige Entwicklung gehört es, einen Beitrag zur Fortentwicklung, Umsetzung und Verankerung der Nachhaltigkeitsstrategie Rheinland-Pfalz zu leisten. Die AG will fünf Themenbereiche in Bezug auf die Nachhaltigkeitsstrategie in den Blick nehmen:

- 1.) Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie
- 2.) Struktur der Nachhaltigkeitsstrategie
- 3.) Governance der Nachhaltigkeitsstrategie
- 4.) Partizipation der Zielgruppen
- 5.) Kommunikation der Inhalte

In der Arbeit greifen wir zurück auf die Analyse von Good-Practice-Ansätzen aus anderen Nachhaltigkeitsstrategien, Ausarbeitungen der RENN.west, sowie Peer-Reviews zu Nachhaltigkeitsstrategien der Länder. Anhand einer differenzierten Bewertungsmatrix werden folgende Punkte in den Blick genommen:

- Gibt es eine gemeinsame Vision aller an der Nachhaltigkeitsstrategie Rheinland-Pfalz beteiligten Akteurinnen und Akteure?
- Wird die Nachhaltigkeitsstrategie dem Konzept „Nachhaltiger Entwicklung“, einschließlich globaler Bezüge, gerecht?
- Wie sind Zielsystem und Indikatoren gewählt, ausgerichtet und aufeinander abgestimmt?
- Wie erfolgen die politische Steuerung und Koordination zwischen den und innerhalb der Ressorts?
- Wie fügt sich die Nachhaltigkeitsstrategie in die föderale Struktur von Bund, Ländern und Kommunen ein?
- Wie ist die Nachhaltigkeitsstrategie in der Gesellschaft verankert?
- Wie sind Partizipationsprozesse im Hinblick auf die Nachhaltigkeitsstrategie verankert?

- Wie werden die Zielgruppen durch die Nachhaltigkeitsstrategie erreicht, aktiviert und gefördert?
- Welche finanziellen und personellen Ressourcen stehen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zur Verfügung?
- Wie wird das Monitoring, die Evaluierung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie gewährleistet?

Aus der Analyse werden wir Empfehlungen zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Strategie ableiten. Dabei sind wir davon geleitet, der Nachhaltigkeitsstrategie eine größere Bedeutung, eine höhere Bekanntheit und vor allem mehr Wirksamkeit zu verleihen.

In einem ersten Schritt werden wir kurzfristige Empfehlungen erarbeiten, die noch Eingang in die aktuelle Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie finden sollen. In einem zweiten Schritt werden wir uns mit langfristigen Empfehlungen befassen.

Mitglied der AG sind folgende Ratsmitglieder: Inga Thao My Bui, Prof. Dr. Klaus Helling, Ludwig Kuhn, Cosima Lindemann, Dr. Hubert Meisinger, Barbara Mittler, Julia Schneider, Sabine Yacoub.

AG 2 Bildung

Bildung ist zentral, um die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 verständlich in die Bevölkerung zu tragen und mit ihr gemeinsam umzusetzen. Einerseits ist es wichtig, mit den Menschen über die 17 Nachhaltigkeitsziele und ihre Auswirkungen ins Gespräch zu kommen. Andererseits ist Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung (BNE) elementar, um Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln zu befähigen. Die Aneignung von sozialen, kulturellen und ökologischen Handlungskompetenzen für die Gesamtheit der Bevölkerung ist dabei – auch laut SDG 4 (Hochwertige Bildung) – zentral, um eine transformations- und zukunftsfähige Gesellschaft zu entwickeln. Wir begrüßen es daher, dass sich die Landesregierung in ihren Bemühungen um den Ausbau der Bildung für Nachhaltige Entwicklung am UNESCO-Programm „BNE 2030“ orientiert und den Ansatz „Leaving no one behind“ verfolgt.

Wir planen zunächst über Gespräche und Besuche von erfolgreichen Projekten und Praxismaßnahmen, einen Über- und Einblick in laufende Prozesse und Erfahrungen in Bezug auf Bildung für Nachhaltige Entwicklung in vielen Bildungsbereichen zu erhalten. Dabei hat die AG alle Bildungsbereiche – von der Kita bis zum Lebenslangen Lernen und Erwachsenenbildung – im Blick. Im Besonderen möchte sich die AG

zunächst auf die Kinder- und Jugendbeteiligung, die Aus- und Weiterbildung im Handwerk und die Kulturelle Bildung konzentrieren. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Ressorts und den BNE-Akteurinnen und Akteuren in Rheinland-Pfalz soll erörtert werden, wie BNE-Strukturen im Land sichtbarer und nachvollziehbarer gestaltet werden können. Ebenso sollen Überlegungen angestellt werden, wie in der Lehramtsausbildung und in der Lehrkräftefort- und -weiterbildung die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Hochschulen und nachhaltigen Betrieben gestärkt werden kann.

Uns ist es wichtig, dass in allen Landesprogrammen im Bildungsbereich Nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe in die Konzeption miteinfließt. Dazu möchte der Rat Empfehlungen für aktuelle und künftige Landesprogramme im Bildungsbereich erarbeiten, um die Implementierung von Bildung für Nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten.

Die Ansätze für die weiteren Arbeiten der Arbeitsgruppe sind:

A. Kinder- und Jugendbeteiligung für Nachhaltigkeit

Unsere Gesellschaft ist auf starke, selbstbestimmte und kreative Menschen angewiesen – gerade und auch in Zukunft. Gleichzeitig brauchen Kinder und Jugendliche das Selbstvertrauen, etwas bewirken zu können und realistische Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Die Bildung für Nachhaltige Entwicklung bietet für junge Menschen vielfältige Möglichkeiten, um sich einzubringen und aktiv etwas für eine zukunftsfähige Welt zu tun. Beispielhaft hierfür sind das bundesweit organisierte Jugendforum youpaN und die kommunalen Kinder- und Jugendparlamente in Rheinland-Pfalz.

Wir möchten gerade junge Menschen in den Blick nehmen und die Landesregierung ermutigen, mehr kinder- und jugendgerechte Formate zur Beteiligung für eine Nachhaltige Entwicklung zu etablieren. Dafür formulieren wir Empfehlungen an die Landesregierung, wie sie die Kinder- und Jugendbeteiligung in der Landespolitik weiter stärken und mehr junge Menschen befähigen kann, sich aktiv in politische Entscheidungsprozesse und die Gestaltung ihres Umfelds einzubringen.

B. Handwerk als gestaltender Partner der zukunftsfähigen Gesellschaft

Dem Handwerk in all seiner Breite kommt bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele eine wichtige Rolle zu. Ob rohstoffschonendes und energieeffizientes Bauen, klimaneutrale Wärmegewinnung, umweltverträgliche Energieversorgung, lebenswerte Innenstädte, ressourcenorientierte Lebensmittelproduktion oder ökologisch vertretbare Bekleidungsherstellung – es sind kompetent ausgebildete Handwerker und

Handwerkerinnen, die sich planend, beratend und durchführend für technische Innovationen und ressourcenschonendes Handeln einsetzen.

Bedauerlicherweise stellen wir fest, dass das gesellschaftliche Ansehen handwerklicher Berufe im Vergleich zu akademischen niedrig ist. Auch wurde die gesellschaftsrelevante Nachhaltigkeitskapazität des Handwerks von der Politik bisher noch zu wenig in den Blick genommen. Dabei braucht eine funktionsfähige und zukunftsorientierte Gesellschaft exzellent ausgebildete Menschen in der gesamten Bandbreite des Handwerks. Hierfür bedarf es qualifizierter Betriebe und pädagogischer Fachkräfte, die die gesellschaftliche Relevanz der Handwerksberufe als Grundlage für eine gesellschaftliche Transformation kennen und anschaulich vermitteln können.

Wir beobachten, dass im gesamten Bildungsbereich, der mehrheitlich akademisch geprägt ist, Wissen über und Austauschmöglichkeiten mit der freien Wirtschaft und dem Handwerk fehlen. Die AG will daher Empfehlungen erarbeiten, wie dieser Austausch gestärkt und jungen Menschen besser aufgezeigt werden kann, welche Möglichkeiten das Handwerk für die aktive Bewältigung des Klimawandels bietet.

Die Arbeitsgruppe plant zudem Empfehlungen, wie die Landesregierung das Handwerk als relevanten Partner für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft einbinden kann. Wir werden unterschiedliche Akteurinnen und Akteure im Feld des Handwerks in die Erarbeitung der Empfehlungen einbeziehen, um eine mehrdimensionale Perspektive zu schaffen: Lehrende, Ausbildungsbetriebe und natürlich junge Menschen.

C. Durch Künste den Wandel gestalten

Im Vergleich der Ziele und Konzepte der Bildung für Nachhaltige Entwicklung und der Kulturellen Bildung zeigt sich eine verblüffende Deckungsgleichheit, auch wenn Nachhaltige Entwicklung kein explizites und grundsätzliches Ziel Kultureller Bildung ist. Beide Bildungsbereiche weisen ein hohes Innovations- und Partizipationspotenzial auf. Durch die Einbindung von Kulturschaffenden kann Bildung für Nachhaltige Entwicklung divers und erlebnisorientiert umgesetzt werden.

Die Kulturelle Bildung bietet insbesondere Kindern und Jugendlichen durch die verschiedenen Künste die Möglichkeit, sich in allen Lebensphasen mit sich selbst, ihrer Umwelt und ihrer eigenen Rolle in globalen Fragen auseinanderzusetzen: Kinder, die ihren eigenen Lebensraum erforschen und mit malerischen Mitteln Ideen einer kindgerechten Quartiersentwicklung verhandeln; Jugendliche, die mit tänzerischen Inszenierungen ungleiche globale Lebensbedingungen aufzeigen; Laientheater, die

mit theatralen Mitteln in die Zukunft blicken und die Folgen des Klimawandels dramatisieren. In erlebbaren, an der Lebenswelt orientierten und partizipativen Formaten der Kulturellen Bildung wird spielerisch eine Grundlage generiert, die zur aktiven Formung der Gesellschaft aufruft und das Potential hat, den Wandel mitzugestalten.

Die Arbeitsgruppe strebt Empfehlungen an, die kurz-, mittel- und langfristig umsetzbare Maßnahmen zur Implementierung Kultureller Bildung in den allgemeinen Bildungskanon und in zivilgesellschaftliche Prozesse des „Lebenslangen Lernens“ aufzeigen. Daneben werden Projekte identifiziert und Good-Practice-Beispiele vorgestellt, mit denen die Empfehlungen in die Öffentlichkeit transportiert und erlebbar gemacht werden. Die Empfehlungen berücksichtigen räumliche (Stadt/Land) und soziale Unterschiede, um den jeweiligen Lebensverhältnissen Rechnung zu tragen und beziehen die Ideen von interessierten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ein.

Mitglied der AG sind folgende Ratsmitglieder: Prof. Jutta Allmendinger, Christina Biundo, Inga Thao My Bui, Prof. Dr. Nadine Kammerlander, Maria Leurs, Dr. Till Mischler, Barbara Mittler, Michael Nieden, Julia Schneider.

AG 3 Ressourcenschonung: Energie, Kreislaufwirtschaft und Soziales im Blick

Die Landesregierung hat sich darauf verständigt, in einem Korridor von 2035 bis 2040 klimaneutral zu werden. Bis 2030 will RLP seinen Stromverbrauch zu 100% aus erneuerbaren Energien decken. Dies ist ein ambitioniertes Ziel, das nur durch einen beschleunigten Ausbau gelingen kann. Auch im Wärmesektor strebt die Landesregierung eine möglichst hohe und schnelle Durchdringung mit Erneuerbaren Energien an.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, konkrete Handlungsempfehlungen an die Landesregierung zu den Schwerpunkten Energie, Ressourcenkreisläufe und Quartiersentwicklung zu verfassen sowie Vorschläge für Pilotprojekte zu initiieren und diese gemeinsam mit bestehenden Projekten sichtbar zu machen.

Dabei soll in erster Linie auf die Felder fokussiert werden, auf die die Landesregierung selbst Einfluss nehmen kann. Es soll dabei im Blick behalten werden, dass Maßnahmen des Landes auch Vorbildcharakter oder Strahlkraft auf den Bund sowie andere Bundesländer haben können. Weitere Adressatinnen und Adressaten der Arbeit der Arbeitsgruppe sollen u.a. sein: Bürger und Bürgerinnen (insbesondere im

Hinblick auf die Themen Partizipation, Information), Kommunen, Kammern/Verbände, Industrie, Genehmigungsbehörden und Ministerien.

Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe sollen Maßnahmen beinhalten, die kurz-, mittel- und langfristig umsetzbar sind. Sie sollen unterschiedlichen Perspektiven gerecht werden: Bürgern und Bürgerinnen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik. Darüber hinaus sollen räumliche Unterschiede berücksichtigt werden (Stadt/Land), um den jeweiligen Lebensverhältnissen Rechnung zu tragen.

Des Weiteren werden Projekte identifiziert und Good-Practice-Beispiele vorgestellt, mit denen die Empfehlungen in die Zivilgesellschaft und die allgemeine Öffentlichkeit transportiert und erlebbar werden.

Die Ansätze für die weiteren Arbeiten der Arbeitsgruppe sind:

A. Regionale Kreisläufe schließen

Rohstoffe sind endlich. Es ist daher ein Gebot der ökologischen und ökonomischen Zukunftsfähigkeit, eine ressourcenbewusste Kreislaufwirtschaft in allen Sektoren zu etablieren. Dazu gehört, Rohstoffe maximal sparsam zu erschließen, einzusetzen und diese stets im Kreislauf zu halten. Eine Methode, dies zu erreichen, ist die Schaffung einer „Ressourcenwabe“. Unter einer „Ressourcenwabe“ verstehen wir, die vernetzte Zusammenführung der Erschließung und der Nutzung von Ressourcen im ländlich und städtisch regional zusammenhängenden Raum. Erfolgsversprechend für Nachhaltigkeitskonzepte ist weniger die Zentralität, sondern vielmehr die Verzahnung von städtischen und ländlichen Gebieten, um lebenswerte Räume zu schaffen, die für alle bezahlbar sind.

Die Empfehlungen sollen die Landesregierung dabei unterstützen, eine zukunftssichernde Kreislaufwirtschaft für den Industriestandort Rheinland-Pfalz mit Blick auf die Ressourcenknappheit deutlicher zu adressieren.

B. Energie: diversifiziert und vernetzt

Die Industrienation und der Sozialstaat Deutschland ist auf Energie für praktisch alle Wertschöpfungsketten angewiesen. Deshalb ist die Energiewende eine tragende Säule für erfolgreichen Klimaschutz. Damit sie gelingt, muss der Energiebedarf durch dauerhaft wirksame Einsparungs- und Effizienzmaßnahmen so weit wie möglich reduziert werden. Nur so kann der prognostizierte Anstieg durch Sektorkopplung und Elektrifizierung im Strombereich begrenzt werden. Dabei ist eine sichere, dauerhaft bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung unverzichtbar. Es ist wichtig, bisherige Abhängigkeiten beim Import fossiler Energien weitestgehend zu reduzieren

und diese durch eine maximal mögliche regionale Erzeugung erneuerbarer Energien zu ersetzen. Die Energiewende muss diversifiziert werden (Strom und Wärme) und ist vernetzt zu denken: Strom, Wärme und Treibstoffe aus verschiedenen erneuerbaren Energiequellen, müssen sektorenübergreifend bedarfsorientiert erzeugt, genutzt und gespeichert werden. Dazu gehört auch eine intelligente, digitale Gesamtoptimierung und der Verbund zu anderen Ressourcenwaben und vorgelagerten Netzen.

Die Empfehlungen sollen der Landesregierung weitere Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, wie eine tragfähige Energiewende durch Diversifizierung und Vernetzung gelingen kann.

C. Wandel im Quartier – Quartiere im Wandel

Die Arbeitsgruppe versteht unter dem Begriff Quartier eine räumlich und/oder infrastrukturell zusammenhängende und/oder sozial identifizierende Einheit. Die Transformation muss in Lebens- und Arbeitsräumen erlebbar werden, um eine nachhaltige, sozial-ökologische Entwicklung zu ermöglichen. Außerdem lassen sich Projekte auf Quartiersebene umwelteffizienter, kosteneffizienter und sozial verträglicher realisieren, etwa durch gemeinsame Sanierungen, gemeinsame Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien und komfortablere, klimafreundlichere Mobilitätsangebote. Quartiere sind Einzelgebäudebetrachtungen überlegen. Hier lassen sich technische und soziale Innovationen für mehr Nachhaltigkeit gemeinsam nutzen. Das Quartier kann als Keimzelle urbanen Wandels und als Teilelement einer Ressourcenwabe im städtischen wie im ländlichen Raum entwickelt werden und agieren.

Die Empfehlungen sollen der Landesregierung Optionen aufzeigen, wie sie den Quartiersansatz rechtlich, förderpolitisch und organisatorisch weiter stärken kann.

Mitglied der AG sind folgende Ratsmitglieder: Wolfgang Bühring, Eberhard Hartelt, Prof. Dr. Gerald H. Haug, Prof. Dr. Klaus Helling, Prof. Dr. Nadine Kammerlander, Cosima Lindemann, Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker, Michael Nieden, Thorsten Schäfer-Gümbel, Reinhard Schneider und Sabine Yacoub.

5.) Ausblick auf künftige Schwerpunkte

Der Rat will auf seiner nächsten Klausur im September 2023 erste Empfehlungen der Arbeitsgruppen an die Landesregierung beschließen und wird darüber beraten, wie er neben den bestehenden drei Schwerpunkten noch die weiteren definierten Schwerpunkte in den Bereichen

- Konsum, Biodiversität, Ernährung
- Mobilität, Bauen
- Nachhaltige Beschaffung

sowie ggf. weitere Schwerpunkte aufnehmen wird und bearbeiten kann.

Der Rat will strukturelle, konkrete und praxisnahe Empfehlungen für die Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz geben. Dazu ist uns ein enger Dialog mit Bürgern und Bürgerinnen, Kommunen, Wirtschaft, Ressorts, Kulturschaffenden und zivilgesellschaftlichen sowie religiösen Organisationen wichtig. Zukünftig wird der Zukunftsrat Konferenzen ausrichten, die verschiedene Transformationsbereiche fokussieren. Die Konferenzen sollen partizipativ angelegt sein, damit sich alle Bevölkerungsgruppen aktiv einbringen können. Die erste Konferenz wird für 2024 geplant.

Wir hoffen, durch unsere Empfehlungen wesentliche Impulse für die Arbeit der Landesregierung auf dem Weg zu einem nachhaltigen Rheinland-Pfalz zu setzen.